

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

5.4.1924 (No. 82)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. n. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

* Die Hoffnungen der Deutschnationalen

Auch die Deutschnationale Volkspartei hat dieser Tage einen Reichsparteitag — allerdings einen außerordentlichen — abgehalten. Das Wichtigste daran ist die Rede des Parteivorsitzenden Hergt, weil sie sich mit dem Kabinett der Zukunft beschäftigt und für dieses Kabinett, das natürlich nach der Ansicht der Deutschnationalen ein Rechtskabinett sein wird, auch schon bestimmte Richtlinien markiert.

Auch dann, wenn man die Hoffnungen der Deutschnationalen nicht teilt, ist es interessant, aus dem Munde des Parteivorsitzenden zu vernehmen, wie er sich die Politik seines Rechtskabinetts denkt. Da macht man nun die erstaunliche Feststellung, daß Herr Hergt praktisch eine Außenpolitik proklamiert, die auch nicht viel anders aussieht, als diejenige, die von der bisherigen Reichsregierung betrieben worden ist. So will z. B. auch die Deutschnationale Volkspartei durchaus die schweren Opfer bringen, die sich nun einmal aus dem Friedensvertrag ergeben. „Es gebe niemanden in der Partei, der nicht für eine erträgliche Endlösung alles darbringen wolle, was sich irgend aus der deutschen Arbeit herausholen lasse.“ Dagegen werde sich die Deutschnationale Volkspartei gegen alle Versuche auflehnen, die eine Demütigung Deutschlands und eine Antastung seiner Souveränität bezwecken. Das ist unseres Erachtens eine zugleich vernünftige und würdige Einstellung. Nur bedarf es, um eine solche Außenpolitik durchzuführen, wahrlich nicht erst eines deutschnational-orientierten Kabinetts. Die Wahrscheinlichkeit besteht sogar, daß die Durchführung dieser vernünftigen und würdigen Grundzüge einem Kabinett der Mitte viel leichter gelingen wird, als einem Kabinett der Rechten, da Frankreich sich zweifellos einem solchen Kabinett gegenüber besonders widerborstig verhalten wird.

Wenn Herr Hergt meint, eine durch die Deutschnationalen verkörperte deutsche Reichsregierung werde „mit einer völlig reinen Weste auftreten und auf die Freiheit von jeder Bindung verweisen können, um auf diese Weise die gegnerischen Gewaltanprüche von vornherein zunichte zu machen und Unsicherheit in die Reihen der früheren Feinde hinein zu tragen“, so muß man schon sagen, daß eine solche Auffassung reichlich naiv anmutet und von einer Kenntnis der wahren, außenpolitischen Lage sehr weit entfernt ist. Es ist viel eher das Gegenteil anzunehmen, nämlich daß die Tatsache einer deutschnationalen Regierung in Deutschland die Alliierten wieder zu einer wirklichen Entente hinführen wird.

Man darf nicht vergessen, daß unsere früheren Feinde gerade deshalb zu einer einmütigen Operation gegen uns zu bringen waren, weil sie alle der Überzeugung lebten, daß das „nationalistische und militaristische Deutschland“ ein Störenfried in der Welt sei und infolgedessen niedergeworfen werden müsse. Ob diese Überzeugung richtig war oder nicht, brauchen wir garnicht mehr zu untersuchen. Die Überzeugung bestand nun einmal, und sie wird sicher wieder aufleben, sowie die Schichten, die den alten Staat beherrschten, auch im neuen Staat die Herrschaft wieder an sich reißen. Gewiß ist es zutreffend, daß im allgemeinen das uns früher feindliche Ausland auf die junge Demokratie in Deutschland viel weniger Rücksicht genommen hat, als man das anfangs erwartete. Aber andererseits unterliegt es gar keinem Zweifel, daß dieses Ausland Deutschland noch viel schonungsloser behandelt hätte, wenn es keine Demokratie gewesen wäre. Die Existenz des Reiches ist jedenfalls nur im Zeichen der Demokratie gerettet worden. Und der Aufstieg wird auch nur in demselben Zeichen möglich sein; wobei man ruhig zugeben kann, daß auch der neue demokratische Staat Fehler gemacht hat, und zwar Fehler, die nicht wiederholt werden dürfen.

Ist die Auffassung des Parteivorsitzenden Hergt über die mutmaßliche Stellungnahme des Auslands einem deutschnationalen Kabinett gegenüber reichlich naiv, so zeigen seine Ausführungen über die innerpolitischen Absichten seiner Partei, daß er die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte überhaupt nicht begriffen hat. Man kann es verstehen, wenn die bürgerlichen Mittelparteien erklären, sie könnten in diesen oder jenen praktischen Fragen mit der Sozialdemokratie (als der stärksten parteipolitischen

Vertretung der Arbeiterschaft) nicht zusammen arbeiten. Wenn man aber darüber hinaus grundsätzlich eine jede Koalition und eine jede Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ablehnt und die Arbeiterschaft wieder von der Mitarbeit am Staate ausschließt, dann treibt man damit die gefährliche Politik einer unüberlegten Reaktion und bereitet so neue schwere, innere Konflikte für die Zukunft vor. Staatspolitisch ist es, die gesamten Kräfte der Nation mobil zu machen! Und ein Unsinn ist es, sich „national“ zu nennen, wenn man mindestens ein Drittel des ganzen Volkes grundsätzlich zu Mitbürgern 2. Klasse degradiert und sie von jeder verantwortlichen Regierungstätigkeit fern hält!

Wir haben diese Betrachtungen angestellt, indem wir die Voraussetzung, daß die Wahlen ein deutschnational abgestempeltes Kabinett heraufführen würden, einmal als zutreffend unterstellen. Faktisch wird sie sich nicht als richtig erweisen. Im übrigen muß man streng trennen zwischen dem Begriff eines reinen Rechtskabinetts unter deutschnationaler Führung und dem Begriff eines mehr rechts gerichteten Kabinetts der Mitte. Es ist möglich, daß auf Grund des Wahlergebnisses ein Kabinett gebildet wird, dem auch die Deutschnationalen angehören, zumal diese ja schon im Herbst des vorigen Jahres erklärt haben, sie würden bei einem Eintritt in die Regierung sich nicht nur präzis an die Verfassung halten, sondern auch den nachdrücklichen Schuß der Verfassung mitübernehmen. Bei einer aktiven Mitarbeit am Staate, bei einer Mitübernahme der Verantwortung würden dann die Deutschnationalen ganz von selber merken, daß die Dinge immer wesentlich anders aussehen, wenn man sie vom Standpunkt verantwortungsloser Parteiagitator, oder vom Standpunkte positiver Mitarbeit aus betrachtet.

Die Hoffnungen auf eine deutschnationale bzw. rein rechts orientierte Mehrheit werden wohl außerhalb der Deutschnationalen Volkspartei nur von wenigen geteilt werden. Und nur dann, wenn diese Hoffnungen sich erfüllten, würde die Bildung eines deutschnational abgestempelten Kabinetts in Frage kommen. Um die Mehrheit zu bekommen, müßten die Deutschnationalen und die Parteien, die sich unter ihre Führung zu stellen wünschen, etwa 245 Mandate erobern. Man braucht diese Ziffer nur zu nennen, um sofort zu sehen, daß ein solcher Mandatszuwachs ausgeschlossen ist. Es ist überhaupt noch fraglich, ob die Deutschnationalen bei der Konkurrenz der Deutschvölkischen und des Landbundes einen erheblichen Stimmenzuwachs erhalten werden. Deutschvölkische und Landbund sind überhaupt keine ganz sicheren Faktoren in der politischen Rechnung der Deutschnationalen. Und was die Deutsche Volkspartei betrifft, so würde sie sich als Partei selbst aufgeben, wenn sie sich in ein reines Rechtskabinett mit deutschnationaler Führung begäbe.

Jedenfalls glauben wir, daß die Hoffnungen des Herrn Hergt durch die Tatsachen kaum begründet sind. Immerhin ist es von Wert, zu vernehmen, daß auch die Deutschnationalen in außenpolitischer Hinsicht manches zugeleert haben. Das Singulieren auf innerpolitische Gebiete wird ja dann auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Neue Zwangsmaßnahmen im Rheinland

Ausbreitungen der deutschnationalen Propaganda haben dem französischen Rheinlandkommissar Girard den erwünschten Vorwand zu neuen, außerordentlich schweren Repressivmaßnahmen gegen die Besiedlung des besetzten Gebiets geliefert. Nach einer offiziellen Meldung aus Koblenz hat ein von der Rheinlandkommission eingesetzter Ausschuss ein „neues Umwachen der nationalistischen Bewegung“ im Rheinlande konstatiert. Alliierte Offiziere und Beamte seien in der letzten Zeit wiederholt mit dem Tode bedroht worden. Darüber hinaus sei man einem System fiktiver Rekrutierungen für die Reichswehr auf die Spur gekommen, das dazu bestimmt sei, der deutschen Jugend eine militärische Ausbildung angedeihen zu lassen. Die Lage werde von den kompetenten Stellen aller drei Besatzungsbereiche als „außerordentlich gefährlich“ angesehen. Infolgedessen habe die Rheinlandkommission eine Reihe von Maßnahmen angeordnet, darunter die Überwachung aller ehemaligen aktiven und Reserveoffiziere der deutschen Armee, die Überwachung der Schuljugend (1) und das Verbot der Rekrutierung für die Reichswehr und jeglicher militärischen Ausbildung junger Leute, selbst außerhalb der Grenzen des besetzten Gebietes. Zu gleicher Zeit sei die Militärpolizei mit einer umfangreichen Operation betraut worden, die sich sowohl über das Rheinland als auch über das Ruhrgebiet erstrecken soll.

Japan und die Vereinigten Staaten

Aus Tokio wird uns geschrieben:

Während kürzlich der eben vom Amte zurückgetretene Minister Viscount Goto in zwei außerordentlich beachtenswerten Artikeln in der englischen Ausgabe der „Nicht Nishi“ die Herstellung eines völligen Einvernehmens zwischen Japan und den Vereinigten Staaten als ein wesentliches Erfordernis für die Erhaltung des Friedens im Pacific, ja für die Erhaltung des Weltfriedens überhaupt, bezeichnet hatte, hat der neue japanische Außenminister Baron Matsumi in seiner Kammerrede über die Fragen der auswärtigen Politik die Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in einer zwar vorsichtigen diplomatischen Form, aber in einer für Jeden, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, sehr verständlichen Weise zum Ausdruck gebracht. Das ist umso bemerkenswerter, als die Rede in allen ihren anderen Teilen, mochte der Minister von den großen europäischen Fragen, oder von den Beziehungen zu England, oder von denen zu Rußland, oder von was sonst immer sprechen, ein wahres Muster von „weißer Salbe“ war.

Auch für die Vereinigten Staaten hatte Baron Matsumi zunächst einen kleinen Vorrat von weißer Salbe parat, als er mit herkömmlichen Worten das Bedauern über den Tod des Präsidenten Harding ausdrückte und mit „großem Vergnügen“ feststellte, daß „unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten weiter dem Pfade traditioneller Freundschaft folgen“.

Umso schärfer traten im weiteren Verlaufe der Rede gegensätzliche Auffassungen zu den Vereinigten Staaten hervor und zwar in zwei wichtigen Punkten, nämlich einmal in der Frage der im Westen der Vereinigten Staaten ansässigen Japaner und zweitens in der Angelegenheit der besonderen Beziehungen (special relations) zwischen Japan und China. Der Minister erklärte die Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der japanischen Einwanderer an der Westküste der Vereinigten Staaten für bedauerlich, und er meinte, daß die japanische Regierung dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuwenden und alle notwendigen Schritte ergreifen würde.

Bekanntlich ist die ausgesprochen unfreundliche Gesinnung der amerikanischen Weststaaten gegen die japanischen Ansiedler oft der Gegenstand von Erörterungen zwischen beiden Ländern gewesen und die Sachlage hat im letzten Spätherbst dadurch eine Verschärfung erfahren, daß der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington eine Entscheidung gefällt hat, welche Bestimmungen der beiden Weststaaten Washington und Kalifornien, die sich gegen den Landerwerb von Ausländern — die Bestimmungen sind vor allem auf die Japaner zugeschnitten — richten, für rechtsgültig erklärt hat. Dadurch sind die etwa 125 000 nach Kalifornien eingewanderten Japaner in eine sehr unangenehme Lage versetzt worden.

Viel bedeutungsvoller aber ist noch die Frage der „special interests“ Japans in China. Vor gerade einem Jahre hat der damalige amerikanische Botschafter in Tokio, Charles B. Warren, nach langen und schwierigen Verhandlungen die japanische Regierung dazu gebracht, der Aufhebung des sogenannten Lansing-Tschi-Abkommens zuzustimmen. Das während des Weltkriegs, am 2. November 1917, zwischen dem damaligen amerikanischen Außenminister Lansing und dem japanischen Botschafter in Washington Tschi abgeschlossene Abkommen enthielt das ausdrückliche Anerkenntnis der Vereinigten Staaten, daß Japan besondere Interessen in China besitze, vor allem in dem Teile Chinas, an den japanische Territorien angrenzten.

Dieses Abkommen bekam allerdings schon ein Loch durch das sogenannte „Neun Mächte-Abkommen“ in Washington im Winter 1922, das sich gegen besondere Privilegien einzelner Staaten in China richtete. Immerhin aber wurde erst durch die Verhandlungen Warrens erzielt, daß Japan auf die Anerkennung seiner „special interests“ in China verzichtete.

Jetzt aber hat Baron Matsumi in seiner Kammerrede in Verbindung mit der Erwähnung des Washingtoner Abkommens und unter Übergehung der Vereinbarungen zwischen Warren und dem damaligen japanischen Außenminister Baron Uchida im Winter 1923 gesagt: „Ich brauche kaum zu sagen, daß es unser leitender Grundsatz ist, dem Geiste internationaler Vereinbarungen zu gehorchen, aber ich muß doch gleichzeitig daran erinnern,

daß zwischen Japan und China besondere Beziehungen bestehen. Deshalb wird die Regierung, indem sie sich diese Tatsache ständig vergegenwärtigt, ihre Anstrengungen fortsetzen, die besten Beziehungen mit China für die Zukunft zu pflegen.

Diese „besten Beziehungen“ dürften sich kaum einstellen, wenn der gegenwärtige japanische Außenminister wieder die „special interests“ betont — er hat freilich die „interests“ ein wenig dadurch abgemildert, daß er dafür von „relations“ sprach —, denn China wünscht durchaus nicht der besonderen Fürsorge Japans teilhaftig zu werden. Noch weniger aber ist dies der Wunsch der Vereinigten Staaten, die von jeher für China den Grundsatz der „open door“ verfechten und denen „special relations“ kaum weniger verdächtig klingen dürften, als „special interests“.

Hier hat man seinerzeit die schwächliche Außenpolitik Baron Uchidas, der sich von Warren den Verzicht auf die special interests abringen ließ, scharf getadelt und man wird gewiß dem Veruche des Barons Matsui, diese special interests wieder durch die Hintertür hineinzubringen, Beifall zollen, umso weniger veranlaßt aber dürfte man in den Vereinigten Staaten über die Auffassungen des neuen japanischen Außenministers sein und so haben die Ausführungen Matsuis sicherlich nicht zu dem von Goto gewünschten vollkommenen Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten beigetragen.

Politische Neuigkeiten

Die französische Ruhepolitik

Die mit 400 gegen 150 Stimmen Donnerstagabend von der französischen Kammer angenommene Tagesordnung hat folgenden Wortlaut: Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie im Geiste republikanischer Gesinnung und nationaler Zusammenarbeit, die vom Lande erwartete Politik der Reparationen, der Sicherheit und Sparsamkeit befolgen werde.

Die Opposition setzt sich wie folgt zusammen: 12 Kommunisten, 40 Sozialisten, 47 Radikale, 7 sozialistische Republikaner, 7 Mitglieder der sozialistisch-republikanischen Linken, 2 der radikalen Aktion und 7 Deputierte, die seiner Partei angehören. An der Abstimmung haben viele Abgeordnete nicht teilgenommen, darunter Briand, Verriol, Andre Lefebvre, Campier, Sarraut und Tardieu. Über den Verlauf der Debatte ist folgendes mitzuteilen: Der sozialistische Abg. Varennes sprach sich über die Rentabilitätsberechnung Poincarés über das Ruheunternehmen aus. Er erklärte, die Ausbeutung des Ruhepandes könne niemals Frankreich genügende Reparationszahlungen einbringen. Wollte man aus dem Ruhegebiet alles herausbringen was Poincaré erwarte, dann müsse man 200 Jahre das Industriegebiet besetzt halten. Poincaré erklärte, seit den ersten Tagen habe er erklärt, daß die Pfänder der Ruhe niemals ausbreiten würden, Frankreichs völlige Entschädigung zu verschaffen, aber zunächst seien sie produktiv und mehr zu erreichen. Der Abg. Varennes fährt fort: Deutschland wäre im Irrtum, wenn es glaube, daß die sozialistische Partei, wenn sie berufen wäre, eine Rolle in der Führung der Verhandlungen zu spielen, ihm die Reparationen erlassen würde, denn Deutschland sei nicht nur als Besiegter aus dem Kriege hervorgegangen, sondern es trage auch die Verantwortung für den Krieg (1). Der Abg. Blum schloß sich unter Zurufen von verschiedenen Seiten den Worten Varennes wie folgt an: Wie auf dem internationalen Sozialistenkongreß erklärt worden sei, sei derjenige, der einen Schaden verursacht habe, dafür verantwortlich und müsse ihn wieder gut machen. Aber man müsse zugeben, daß ein Verantwortungsgehandnis nur Wert habe, wenn es ohne Zwang abgelegt worden sei, und das sei die schwache Seite des Versailler Vertrags.

Stresemann über Bismarck

Anlässlich eines von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Bismarckabends hielt in Chemnitz in dem von Kaufmann besuchten Vereinshaus in Chemnitz Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine politische Rede.

Ausgehend vom Geburtstag des Altreichskanzlers gab er ein Bild des Realpolitikers Bismarck, dessen Größe darin bestanden habe, die außen- und innenpolitischen Dinge vom Standpunkt der Realpolitik zu meistern. Diejenigen, die in Bismarck nur „den Mann von Blut und Eisen“ sähen und ihn gewissermaßen als Gewaltpolitiker hinstellten, sagte er, verkennen sein Wesen. Der Nikolsburger Friede, der in heftigstem geistigen Kampfe mit dem preussischen König und gegen den Willen der preussischen Militärs Bismarcks Werk

war, und die Verfassung des neuen Deutschen Reiches zeigten den Kanzler als genialen Kompromisspolitiker, der sich mit aller Entschiedenheit gegen eine die realen Verhältnisse und Unponderabilitäten übersehende Politik wendete. Seine Innenpolitik gab den Freihandel auf, als die Schutzpolitik nötig wurde, brach den Kulturkampf ab, als er eine Gefahr für Deutschland Einheit geworden war, und suchte Bundesgenossen da, wo er sie fand. Über Doktrinen hat niemand so sehr gepöbel, wie Bismarck, der davon sprach, daß es Zeiten gäbe, in denen man liberal, und Zeiten, in denen man diktatorisch regieren müsse. Bismarcks Mahnruf in Jena, das Parlament nicht zu weit auszusparen, zeige ebenso, wie sein Verlangen nach Indemnität nach dem großen Siege über Österreich, wie fern ihm seine Beseitigung des Parlaments lag und wie sehr er berstand, es zu gebrauchen. Diejenigen, die sich heute auf Bismarck beziehen, übersehen diese Seite seines Wesens. Bismarck wäre der erste gewesen, der aus unserer heutigen außenpolitischen Lage die Konsequenzen gezogen hätte.

Wenn uns Waffen fehlen, so muß die große nationale Einheit des Volkes dasjenige an moralischer Kraft geben, was wir brauchen, um die Stimme eines 60-Millionen-Volkes gegen alle Vergewaltigung erheben zu lassen. Dazu gehört eine Politik, die auf Einigung hinstrebt, nicht auf Berechtigung.

Im Anschluß an die Gedankengänge seiner in Hannover gehaltenen Rede auf dem Parteitag der Volkspartei verbreitete sich der Außenminister dann über die Notwendigkeit einer realen Außenpolitik, welche Opfer in vernünftigen Grenzen übernehme, um dadurch die Volksgenossen von Rhein und Ruhr aus ihrer jetzigen Lage zu befreien. Hier Opfer zu bringen, sei Pflicht des ganzen Deutschland. Solche Politik, die das Materielle geringer schätze und deren Idee die Idee der Freiheit sei, sei eine Politik, die vor dem Richterstuhl der Geschichte und auch vor Bismarcks Augen bestehen würde. Der Minister war während und nach seiner Rede Gegenstand stürmischer Ovationen.

Hitler gegen Ludendorff

In seinem Schlusswort hat Herr Hitler folgende Redensarten in den Saal gebannt:

Ich kenne an Ebert, Scheidemann u. Genossen des Landesberrats und des Hochberrats. Ich kenne sie an, weil sie ein 70-Millionen-Volk vernichtet haben. Wenn man schon einen kleinen Festungskommandanten, der trotz härtesten Widerstandes die Festung überläßt, vor ein Kriegsgericht stellt und ihn anklagt, weil er die Festung leichtfertig übergeben hat, wie wird die Anklage lauten gegen diejenigen, die Oberbefehl, das Ruhegebiet, das Rheinland, die Rheinpfalz alles geopfert haben, ohne zum letzten Widerstand aufzurufen. (Bei diesen Worten schlägt Hitler mit der Faust auf den Tisch.)

Neben Hitler sah Herr Ludendorff, der deutsche Festungskommandant im Weltkrieg, Herr Ludendorff hat sich bei diesen Worten seines Kumpanis zweifellos folgender geschichtlich feststehender und dokumentarisch erwiesener Tatsachen erinnert: 1. daß er selber es war, der am 28. September 1918 die sofortige Kapitulation verlangte;

2. daß er es gleichfalls war, der am 1. Oktober unangemeldet zum Kaiser hereinströmte und diesen ansah, warum das neue Kabinett (Max von Baden) noch nicht gebildet sei, das Friedensangebot müsse noch am gleichen Tage heraus;

3. daß er, Ludendorff, am 3. Oktober dem neuen Reichskanzler Max von Baden auf dessen Anfrage, ob sich die Oberbefehlsgewalt dem Reichsamt der Reichsregierung übertragen solle, die sofortige Kapitulation mindestens den Verlust Elsaß-Lothringens, der östlichen Provinzen und der deutschen Kolonien bedeute, antwortete: „Die Oberbefehlsgewalt bleibt auf ihrer am Sonntag, den 28. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots bestehen“;

4. daß wiederum er, Ludendorff, am 2. Oktober durch den Legationsrat v. Versner an das Auswärtige Amt telephonieren ließ, dem deutschen Friedensangebot sollten die 14 Punkte des Präsidenten Wilson zugrunde gelegt werden (in denen u. a. Polen der Rest sämtlicher polnisch sprechenden Gebiets und der freie Zugang zum Meer zugesichert war, was praktisch für Deutschland den Verlust des polnisch sprechenden Ostens, eines großen Teils von Westpreußen und Danzig bedeutete);

5. daß wiederum er, Ludendorff, dem Staatssekretär Dr. Solf, der ihn im Auftrage der Reichsregierung vor dem 10. Oktober 1918 fragte, ob zur Erlangung günstigerer Friedensbedingungen die Front nun wenigstens drei Monate gehalten werden könne, kategorisch geantwortet hat: „Nein!“

Die Beschränkung der Auslandsreisen

Die Verordnung über die Erhebung von Ausreisegeldern für Auslandsreisen ist bereits im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden und hat mit Wirkung vom 2. April an Geltung erlangt.

Von zuständiger Stelle wird auf die hohe Zahl der gegenwärtig in Italien befindlichen Reichsdeutschen, die auf 70 000

geschätzt wird, verwiesen. Es wird erklärt, daß in der Schweiz sowie in Spanien und Portugal die Zahl der deutschen Reisenden gegenwärtig weitaus die Durchschnittszahlen vor dem Kriege übersteige. In Italien habe das massenhafte Ansehen von Reisenden, das durch den Strom der deutschen Reisenden bewirkt worden sei, zu einer Unterbewertung der Reisemarkt geführt, indem statt 50 bis 55 Lire nur 3 Lire für die Reisemarkt geboten würden. Die deutschen Auslandsvertretungen haben sich geschlossen auf den Standpunkt gestellt, daß etwas geschehen müsse, um zu verhindern, daß weitere große Mengen von Deutschen sich durch übertriebenen Luxus im Ausland zu einer Zeit auffällig machen, wo das Ausland Hilfsaktionen für die hungernden Kinder und Frauen in Deutschland einleitet. Eine andere Gruppe von Auslandsreisenden begibt sich mit unzureichenden Geldmitteln über die Grenze und trägt, da die Leute dann die Mühseligkeit in Anspruch nehmen müssen, auch dazu bei, das Ansehen Deutschlands herabzusetzen. Über die Einzelheiten der Verordnung ist zu sagen, daß Geschäftsreisen in keiner Weise geändert werden sollen. Die Befreiung von der Ausreisegeldgebühr von 500 Goldmark kann zwar nur auf Grund einer Handelsabkommensvereinbarung erfolgen, doch wird man eine solche Befreiung in den meisten Fällen für die Dauer gelten lassen. Zu den Arbeitern, die auch von der Gebühr befreit werden, zählen vor allem auch die Saisonarbeiter. Weiter werden auch Artisten und Schauspieler in diese Befreiung einbezogen werden. Neu ist in der Verordnung, daß sie nur auf Reichsangehörige Anwendung findet. Man glaubte, den Verkehr der hier lebenden Ausländer mit ihrer Heimat nicht behindern zu können.

Der Abbau in Württemberg

In Württemberg ist es wegen der Abbaufrage zu einer Regierungskrise gekommen. Das Zentrum brachte ein Initiativgesetz ein, das die Verwaltungsabbaubewegung bis zum 15. Juni, also bis zur Intraffung des neuen Landtages, unwirksam machen sollte. Die Sozialdemokratie beantragte ihrerseits, die kleine Reform zu suspendieren, aber gleichzeitig die Regierung zu beauftragen, eine umfassendere Verwaltungsreform in die Wege zu leiten. Die demokratische Fraktion ließ durch ihren Vorsitzenden Abg. Scheff erklären, daß die Annahme des Zentrumsantrags für sie und ihre beiden Minister weitgehende Konsequenzen zu Folge haben würde. Der Staatspräsident Dr. Sieber erklärte als Kultusminister, daß er bei Annahme des Zentrumsantrags nicht in der Lage wäre, die Einsparungen im Bereich des Kultusbereichs in Gang zu setzen. Die Abstimmung ergab mit 45 Nein und 42 Ja die Ablehnung, allerdings bei einer sehr widersprüchlichen Haltung der Deutschen Volkspartei, Demokratische Partei, Sozialdemokratie und Kommunisten verhindert worden, daß das der Regierungskoalition angehörige Zentrum die eigene Regierung aus Wahlangst führte.

Bürgerpartei und Zentrum beantragten jedoch beim Landtag, daß die ganze Abstimmung ungültig sei, und soll heute (Samstag) die Angelegenheit nochmals anferkelt werden. Vor zehn Tagen hatte der Staatspräsident im Namen der gesamten Staatsregierung erklärt, daß sie zurücktreten beabsichtige, wenn ihre Staatsvereinfachung vom Landtag geschlagen werde.

Kurze Nachrichten

Das Gutachten der Sachverständigen wird voraussichtlich erst am Montag oder Dienstag überreicht werden, da sich anscheinend neuerdings Meinungsverschiedenheiten unter den Delegierten zeigen.

Die Ricum-Verträge. Der deutsche Vorkaufster v. Soest hatte in Paris am Freitag eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré über die Frage, was zu geschehen hat, um einen Zwischenzustand zwischen dem Ablauf der Ricumverträge am 15. April und der endgültigen Regelung herbeizuführen.

Spiionageprozeß. Vor dem Strafenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hatte sich der 22 Jahre alte Kaufmann Bindel aus Ludwigschafen wegen Landesberrats zu verantworten. Das Urteil lautete auf 8 Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre sowie eine Geldstrafe von 5000 G.M.

Die Kosten des fünfjährigen Hitler-Prozesses erreichen 102 000 Goldmark. An Zeugen- und Sachverständigengebühren sind 18 400 Goldmark ausgegeben worden. Die Kosten für den Sicherheitsdienst während der Verhandlung fallen der allgemeinen Landeskasse zur Last.

Kahr, Löffow und Seifert halten sich, wie aus München gemeldet wird, zurzeit in Meran auf.

Die bayerischen Wahlen. Nach Bekanntmachungen der Wahlleiter im rechtsrheinischen Bayern haben im ganzen 18 Parteien 350 Kandidaten für die Landtagswahlen am 6. April aufgestellt, davon sind 112 Staats- oder Gemeindebeamte. Die Zahl der weiblichen Kandidaten beläuft sich auf 12.

Neue Bestimmungen für die Kleintrafiker. Der Reichsrat nahm eine Verordnung über Kraftfahrwesen an, die in der Hauptsache den Zweck verfolgt, die Kleintrafiker den gewöhnlichen Fahrern möglichst gleichzustellen. Darum ist von einem Zulassungszwang und Führerscheinzwang abzusehen. Es muß aber an sichtbarer Stelle die Firma des Herstellers und die Anzahl der Pferdestärken angebracht werden. Personen unter 16 Jahren ist die Führung von Kleintrafikern nicht gestattet.

Ein Hochverratsverfahren gegen Dr. Feigener. Auf Anordnung des Oberlandesgerichts ist gegen Dr. Feigener ein Verfahren wegen Landesberrats eröffnet worden. Der Beschluß gründet sich auf die von Dr. Feigener am 7. August im hiesigen Volkshaus und am 18. Oktober im sächsischen Landtag gehaltenen Reden, in denen behauptet wurde, daß zwischen der Reichswehr und gewissen rechtsradikalen Geheimorganisationen enge Beziehungen beständen.

Die teuersten Städte in Württemberg: Im Monat März war Stuttgart die teuerste Stadt des Landes mit einer Leistungszahl von 105 743. Dann folgt Ulm mit 99 700, Schwelm mit 99 441, Tuttlingen mit 98 610, Heilbronn 98 408, Heilbrunn 97 012, Göttingen 90 883, Friedrichshafen 80 681

Das Remeler Abkommen des Völkerbundes. Wie aus Rom gemeldet wird, hat die englische Regierung in eine Überprüfung des Remeler Abkommens eingewilligt, um die formellen Fehler auszumergen. Am dem Inhalt dürfte nichts geändert werden. Unter dem neuen Text sollen die Unterschriften in derselben Weise wie unter dem alten erfolgen, d. h. England und Litauen werden sofort unterzeichnen und die Unterschriften der anderen Staaten werden nachgeholt.

Der amerikanische Nationalreichtum. In Washington teilte der Handelsminister mit, daß der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten Ende 1923 sich auf 820 803 882 000 Dollar belief, d. i. 72 Prozent mehr als am gleichen Tage des Jahres 1912.

Die Pest in Indien. Neuter meldet aus Lahore: In Lahore, Multan und den umlaufenden Ortschaften wüthet die Pest. In Lahore sterben täglich durchschnittlich 30 Menschen. Die Schulen sind geschlossen.

Drohende Auflösung des Staatlichen Bauhauses Weimar?

Wie man aus Weimar hört, steht die Existenz des dortigen Staatlichen Bauhauses auf dem Spiel. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer durchgreifenden Sparpolitik in den deutschen Staatsbauhaushalten müßte eine Sparmaßnahme, der das Weimarer Bauhaus verfehlt bezeichnet werden. Man muß wissen, was das Bauhaus bedeutet. Seit längerer Zeit schon sind Bestrebungen im Gange, die auf eine durchgreifende Reform der deutschen Kunstschulen zielen. Programme wurden aufgestellt, die bei aller Variation im einzelnen auf die Erkenntnis aufbauen, daß die von allen Seiten als dringlich angesehene Kunstschulreform auf dem Gedanken der handwerklichen Schulung, also auf dem sog. Werkstättengebäude beruhen muß. Als zweiter Grundgedanke der Reform erscheint allenthalben die Überzeugung, daß der angehende Künstler möglichst auch praktisch mit der Gesamtheit der bildenden Künste in Verbindung kommen muß. Das Weimarer Bauhaus hat diese von allen Seiten anerkannten Grundzüge am folgerichtigsten in den Mittelpunkt des neuen Schulprogramms gestellt. Der Werkstättengedanke in einer Weise praktisch durchgeführt, daß mit seiner Verwirklichung schon den fortgeschrittenen Schülern eine wenn auch nur bescheidene Existenz ermöglicht wurde. In den nun fast fünf Jahren seines Bestehens entwickelte sich an ihm eine Stätte, in der mit offenen Organen für alle künstlerischen Bestrebungen und Bedürfnisse der heutigen Zeit zugleich ein Versuchsfeld in produktivem Sinn sich aufbaute. Im Anschluß an die Weimarer Ausstellung des vergangenen Sommers, die von der bisherigen Ausstellung des Bauhauses Zeugnis ablegte, setzte sich der deutsche Werkbund in einer ausdrücklichen Vertretungsstunde für das Bauhaus und seine Leitung ein. An anderen Orten, ja selbst im Ausland hat man mit wachsendem Interesse die Aufbauarbeit des Bauhauses verfolgt und auch vielfach von ihr gelernt. Sollten sich die Gerüchte, nach denen jetzt diese positive Aufbauarbeit durch Auflösung des Bauhauses abgebrochen zu werden

droht, bewahrheiten, so wäre dies eine destruktive kulturelle Abbaumaßnahme im schlimmsten Sinne, die einer durch die Verhältnisse ohnehin drohenden Vertumpfung in gefährlichster Weise Vorstoß leisten würde; ganz abgesehen davon, daß sie von den führenden künstlerischen und kulturellen Kreisen Deutschlands, ja man kann sagen des heutigen Europa, als eine Art Selbstmord des geistigen Aufbauwillens Deutschlands empfunden würde.

„Bühne und Volk“. Die von der Landesstelle des Bühnenvolksbundes für die Theater- und Konzertgemeinde Karlsruhe herausgegebenen Blätter für Theater- und Kunstpflege „Bühne und Volk“, die während der Inflationschwierigkeiten ihr Erscheinen unterbrechen mußten, beginnen wieder in neuer Folge und neuer, erweiterter Ausstattung wieder zu erscheinen. Die vorliegende erste Nummer enthält neben einem reichen und technischen sehr gut wiedergegebenem Illustrationsmaterial Beiträge von Bernhard Diebold, G. A. Berger, Hans Curjel. Die Blätter dürfen als ein über den Kreis der Theatergemeinde hinaus beachtenswertes Organ im Dienste einer nachhaltigen Pflege künstlerischer und insbesondere theaterkultureller Bestrebungen betrachtet werden. (Probennummern durch die Landesstelle des B.V.V., Schloßbezirk 4. Bezugspreis halbjährlich 1,50 M.)

Landestheater. Die Oper bringt am Dienstag, den 8. eine Aufführung der Straußschen Operette „Die Fledermaus“ zur Erinnerung an die vor 50 Jahren stattgefundene Uraufführung des Werkes. Am Freitag, den 11. geht Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut“ neu einstudiert in Szene. Die Aufführung ist als eine Gedächtnisfeier zum 100. Geburtstag des Komponisten gedacht. Am Palmsonntag findet eine Aufführung von Mozarts „Zauberflöte“ statt, am Dienstag, den 15. die sechste Aufführung von Pfitzners „Kalevala“. Für die beiden Osterfeiertage wird Wagners „Parsifal“ vorbereitet. Am 27. April ist die Uraufführung der Sündenschen Oper „Tamerlan“ in textlicher und musikalischer Neubearbeitung geplant.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Landtag in der Ausstellung des badischen Handwerks

Am Freitag nachmittag folgte der badische Landtag der an ihn ergangenen Einladung zum Besuche der am Dienstag in der städtischen Ausstellungshalle in Karlsruhe eröffneten Ausstellung für das Handwerk und den Handel. Da am Nachmittag die Plenar-Sitzung ausfallen und deshalb ein Teil der auswärtigen wohnenden Abgeordneten schon heimgereist war, erschienen nur etwa 80 Abgeordnete unter Führung des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner.

Die Begrüßung übernahm der Direktor des Landesgewerbeamtes Oberregierungsrat Bucarius, welcher die der Ausstellung zugrunde liegenden Absichten darlegte und auf die große Bedeutung des Handwerks und des Handels im heutigen Wirtschaftsleben hinwies. Es handelte sich darum, der Qualitätsarbeit und der Vereinfachung der Betriebsformen größere Geltung zu verschaffen. Dann habe das Handwerk auch eine Zukunft.

Die Führung hatte alsdann Herr Direktor Sonnen. Mit den Abgeordneten wurden die sämtlichen Ausstellungsräume durchwandert und die ausgestellten Gegenstände besichtigt und — bewundert! Denn es sind tatsächlich ausgezeichnete Leistungen zur öffentlichen Schau gestellt. Unter den Abgeordneten befanden sich auch einige Vertreter des Handwerks, was ihr Interesse für die Ausstellung erhöhte. Die Abgeordneten verließen nach Einnahme eines kleinen Imbisses recht befriedigt die Ausstellung. Bei dem demnächst dem Landtag vorzulegenden Vorschlag werden die für die Förderung des badischen Handwerks eingestellten Ausgabenposten sicher keine Beanstandung erfahren.

Schluß der Freitagssitzung

Karlsruhe, 4. April.

In der fortgesetzten Debatte über die Anträge zur Erwerbslosenfrage

erklärte

Abg. Heurich (Ztr.): Die Arbeitslosigkeit ist eine Welterschönung, die nicht vom Parteienstandpunkt, sondern von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet werden muß. Eine Schimpfede, wie sie der Abg. Ritter hielt, ohne auf die sachlichen Dinge einzugehen, sollte unterbleiben (Widerpruch der Kommunisten). Daß die Lage so erhöht werden müssen, daß sie einigermaßen das Existenzminimum erreichen, darüber besteht auch bei uns kein Zweifel. Wie kann ein Mensch mit 6 und 7 M. die Woche, Monate oder gar Jahre hindurch auskommen? Es müßte mit dem ganzen sittlichen Ernst an die Frage herangetreten werden. Darin gehe ich mit Ritter einig, es ist bedauerlich, wenn in dieser Zeit der Not ein Teil von Volksgenossen in der Schweiz und anderswärts ein Schlimmeres erleben führt. Der Redner wies darauf hin, daß nicht alle Kapitalisten sich gegen das Volkswohl stemmen. Im übrigen pflichtete er den Darlegungen Stocks bei.

Abg. Schrank (Landbund) lenkte die Aufmerksamkeit auf die andersgelegerten Verhältnisse in der Landwirtschaft, die es nicht rechtfertigt, daß man auch sie zur Erwerbslosenversicherung heranzieht. Die Bauern würden ihre Leute durchhalten.

Abg. Schneider-Mannheim (Dtl.) stimmte der Erhöhung der Unterstützungssätze zu.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) erinnerte an die große Notlage der Kriegsbeschädigten und Kriegserwitte, mit der man sich nächstens eingehender werden beschäftigen müssen. Der erwerbslose Frau 25 Proz. abzugeben sei ein Unrecht. Vor der Übertragung russischer Verhältnisse wollen wir uns hüten.

Abg. Dr. Baasche (D. Wpl.) ging den Ursachen der unverschuldeten Arbeitslosigkeit nach wie Abschaffung, darniederliegen der Bautätigkeit und hemmende Maßnahmen des Auslandes. Auch er verwandte sich für ein menschenwürdiges Dasein der Betroffenen. Lebhafte Widerspruch der Kommunisten rief die Bemerkung des Redners hervor, daß die Behauptung unwahr sei als ob die Erwerbslosenfrage in Deutschland die Verteilung zum Hungertode bedeute. Dr. Baasche nahm die Großindustrie gegen unerschütterliche Angriffe in Schutz und führte weiterhin Fälle an, die ein unangenehmes Licht auf gewisse Kreise jugendlicher Arbeitsloser werfen. Der Redner, der die Durchführung größerer Notstandsarbeiten empfiehlt und sich schließlich scharf gegen das Bestreben wendet, den Kampf um die Zukunft Deutschlands auf der Straße auszutragen, wurde durch öftere Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen. Der Präsident mußte wiederholt zur Ruhe mahnen.

Abg. Voßhans (Dem.) wies darauf hin, daß auch weite Kreise des Mittelstandes darben. Mit Gewalt werde man keine Mittel beschaffen können. Es müßten in dieser Sorge vielmehr alle getreulich zusammenhalten. Durch Gebreden gibt man kein Brot.

Abg. Oberhardt (Ztr.) polemisierte gegen die Kommunisten, welche die Gewerkschaftsführer aller Richtungen zum Schaden der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen suchten. Der Streit in der Fab. Anilin- und Sodaabrik sei durch unverantwortliche Elemente entzündet worden. Der Terror anderer Arbeitswilligen. Auf der anderen Seite sei zuzugeden, daß seitens der Direktion große Fehler gemacht worden sind.

Arbeitsminister Dr. Engler führte aus: Die Tatsache, daß der Abg. Ritter keinen einzigen Verbesserungsvorschlag gebracht hat und die Kommunisten den Ausschüßverhandlungen nicht beigewohnt haben, beweist, daß ihnen weniger darum zu tun ist, wirklich sachliche Arbeit zum Wohl des Volkes zu leisten, sondern vielmehr darum, hier in der Öffentlichkeit Agitationsreden zu halten. Dem produktiven Kapital in die Arme zu fallen, wäre bedenklich. Die deutschen Schlemmer im Auslande gehören zu denen, die das Geld leicht verdienen und leicht ausgeben, und die Summe dessen, was sie verpraßen, wäre für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das einzige Mittel, um aus dem Glend herauszukommen, sei die Steigerung der Produktion. Der Minister warf den Kommunisten gegenüber die Frage auf, was man wohl davon hätte, wenn die Kapitalisten enteignet würden. Die vom Abg. Stock angeführten Mängel bestehen und müssen beseitigt werden, doch sollte man zunächst noch Erfahrungen sammeln, um dann an die Schaffung eines eigentlichen Arbeitslosenversicherungsgesetzes heranzugehen. Die Differenzierung der Frau in der Unterstützungsgewährung hält der Minister gleichfalls nicht für gut. Die in der Debatte geäußerten Wünsche zur Besserung des Loses der Arbeitslosen wird die Regierung nach Berlin weiterleiten. Man wird alles tun, was unsere Wirtschaft vorwärts zu bringen vermag. Der Landtag wird sich nächstens mit verschiedenen Gesetzesvorlagen zu befassen haben, die für die wirtschaftliche Entwicklung un-

seres Landes von größter Bedeutung sind und zudem durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge dienen sollen.

Nach Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte, gegen den Abg. Wod aufs heftigste protestierte, wurde der sozial. Antrag angenommen, einstimmig soweit er die Erhöhung der Unterstützungssätze betrifft.

Es entspann sich nunmehr eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Sitzung abgebrochen werden solle. Das Verhalten der Kommunisten hierbei, die noch ihre förmliche Anfrage betr. die politischen Gefangenen behandelt wissen wollten, veranlaßte den Präsidenten wiederholt zum Einschreiten. Er vermochte kaum mit der großen Glode durchzudringen, und verschaffte sich nur Ruhe durch die Drohung mit sofortiger Schließung der Sitzung. Von sozial. Seite wurde den Kommunisten durch Zwischenrufe entgegengehalten, daß ja sie die Schuld trügen, wenn eine Reihe von Leuten noch in den Gefängnissen sitzen.

Der Abg. Marum (Soz.) erklärte, die hier geübte Taktik werde ihnen im Wahlkampf nichts nützen. Die übergroße Mehrheit des Hauses beschloß darauf, die Sitzung abzubrechen. Der Termin der nächsten Plenarsitzung bleibt dem Präsidenten überlassen. Schluß nach 1/2 Uhr.

Zum Fall Bergdoll

In der Presse wird die Nachricht verbreitet, der badische Justizminister habe amerikanischen Journalisten gegenüber erklärt, daß es ihm angenehm wäre, wenn der aus dem Verfahren gegen Corlitz Hooven Griffis aus Hamilton und Genossen wegen Amtsannahme usw. bekannte Grover C. Bergdoll Deutschland verlassen würde, um einem dritten Überfall vorzubeugen. Hierzu teilt der Justizminister mit, daß er in der Sache Griffis-Bergdoll mit amerikanischen Journalisten überhaupt nie gesprochen hat. Die umlaufenden Gerüchte entbehren demnach, soweit sie den badischen Justizminister betreffen, jeder tatsächlichen Grundlage.

Die Prüfung im Aufbeschlag

findet voraussichtlich Ende April d. J. statt. Die Anmeldungen sind schriftlich spätestens bis zum 15. April 1924 einzureichen; dies hat bei dem Bürgermeisteramt des Wohnortes zu geschehen. U. a. ist auch ein Nachweis über eine mindestens 4jährige Tätigkeit im Schmiedehandwerk, beglaubigt vom Bürgermeisteramt, beizulegen. Über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung entscheidet das Ministerium des Innern.

Landesausstellung von Gesellenstücken

In der Zeit vom 6. bis 21. April findet in der Ausstellungshalle des Landesgewerbeamtes zu Karlsruhe, Karlsriedstraße, eine Gesellenstückausstellung statt. In derselben sind die verschiedensten Handwerksberufe mit Prüfungsarbeiten aus allen Teilen des Landes — vom Taubergrund bis zum Bodensee — vertreten.

Hervorragend gute Arbeiten haben die Prüflinge der metallverarbeitenden Gewerbe zur Ausstellung gebracht. Auch die Ausstellungsstücke der dem Holzverarbeitenden Gewerbe angehörenden Handwerkszweige und des Bekleidungsgebietes bieten ein Bild von dem guten Stand der Meisterlehre in den betreffenden Berufen. Von besonderem Interesse dürften auch die Arbeiten der Gesellenstücke der Bindenanstalt Wiesheim sein, die Stroh- und Wirttemaren in bester Ausführung zur Ausstellung brachten.

Die Besichtigung der Ausstellung kann jedermann empfohlen werden. Der Eintritt ist frei.

Aus den Parteien

Als Reichstagskandidaten des völkisch-sozialen Blocks in Baden wurden aufgestellt: 1. Schriftsteller Dr. Alois-Freiburg i. Br., 2. Rechtsanwalt Baumann in Dorrach, 3. Wagnermeister W. Stürmer in Gallingen, 4. Zahnarzt Dr. Edgar-Mannheim. Es wurde eine Listenvereinbarung mit dem völkisch-sozialen Block in Württemberg beschlossen. Die Resolutions gehen auf die Reichsliste.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß

Beschäftigte sich am gestrigen Freitag in einer 17ündigen Sitzung, in der die Redner aller Parteien sehr ausführlich zu Worte kamen, mit der Frage der Förderung des Wohnungsbaues durch die Stadt. Dem Bürgerausschuß lagen, wie bereits berichtet, Vorschläge des Stadtrats vor, die in der Hauptsache die Gewährung von Darlehen in Aussicht nehmen, wofür insgesamt ein Betrag von 500 000 M. aufgewendet werden soll. Bürgermeister Schneider gab eine mündliche Begründung und wies darauf hin, daß von einer nennenswerten Bautätigkeit bisher keine Rede sein könne, weil sie sich nicht rentiere. Es sei aber demnach eine regere Bautätigkeit zu erwarten, da eine sichere Rente in Aussicht stehe. Die Stadt wolle den Baukosten billigen Hypothekendarlehen zur Verfügung stellen und die Verwaltung der Hypotheken der städt. Sparkasse zuweisen. Ferner wolle die Stadt die Kapitalaufnahme von dritter Seite durch Bürgerschaft erleichtern. Das Baukapital, das heute zur Verfügung stehe, sei außerordentlich gering, da man in Baden auf dem Gebiete der Mietzinssteuer noch nicht vorwärts gekommen sei. Die Erreichung der Friedensmiete sei eine unbedingte Notwendigkeit. Bürgermeister Schneider gab zwei Änderungsanträge bekannt, einer von der Faktion der Deutschen Volkspartei, wonach bei Einfamilienhäusern höchstens 5000 M., bei Etagenhäusern höchstens 7500 M. für die Wohnneinheit, höchstens aber 50 Proz. der Baukosten als Bauarlehen gewährt werden sollen. Ein Antrag der Sozialdemokratie ersuchte die Kapitalaufwendung für Darlehen von insgesamt 500 000 M. auf 2 000 000 Goldmark zu erhöhen. Die Vorlage fand schließlich mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten Annahme, nachdem Bürgermeister Schneider in seinem Schlusswort mitgeteilt hatte, daß noch über keinen Pfennig verfügt sei und daß bis jetzt über 300 Anträge von Bauinsinigen (119 von privater Seite und 182 von Baugesellschaften) eingegangen seien. Die Änderungsanträge wurden abgelehnt. Ein deutschnationaler Antrag 100 000 M. für Reparaturen auszuwerfen, wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Ein stadträtlicher Zusatzantrag, der vorsieht, die 500 000 Goldmark um den Betrag zu erhöhen, den Staat und Reich für diese Zwecke zur Verfügung stellen, wurde angenommen. Eine Vorlage über die Errichtung der Karlsruher Milchversorgung G. m. b. H. und Aufhebung des Städt. Milchamtes wird in der nächsten Sitzung am Dienstag beraten. Sechs Vorlagen über Grundstücksverwertungen und Verkäufe im Stadteil Mühlburg und Daxlanden wurden ohne Debatte angenommen.

Der heutigen Nummer liegt die Beilage „Wissenschaft und Bildung“ bei.

Das Karlsruher Wohnungsamt. Zu der Frage, ob im Zusammenhang mit dem Personalabbau nicht das Wohnungsamt sofort ganz abgeschafft oder zum mindesten in seinem Aufgabentkreis wesentlich eingeschränkt werden könnte, erklärt das städtische Nachrichtenamt, daß eine vollkommene Aufhebung des Wohnungsamtes, solange die Stadt kraft Gesetzes zur Erfüllung der ihr auf dem Gebiete des Wohnungsamtes zugewiesenen Aufgaben verpflichtet ist, und solange die Wohnungsnot in ihrem jetzigen Umfange besteht, nicht wohl möglich sei. Die Stadt ist aber schon längere Zeit vor dem allgemeinen Abbau in der Beschränkung des Aufgabentereiches des Wohnungsamtes an die äußerst denkbare Grenze gegangen u. hat dabei gleichzeitig fortlaufend eine Herabsetzung des Personalbestandes vorgenommen. Die Zahl der Beamten und Angestellten hat sich im Vergleich zum Stande vom 1. Oktober 1923 um 60 Prozent und im Vergleich zu ihrem Höchststande um 78 Prozent vermindert. Die Tätigkeit des Wohnungsamtes besteht in der Hauptsache nur noch darin, die Reihenfolge des Bezugs von Wohnungen zu ordnen und die Räumung widerrechtlich bezogener Wohnungen zu veranlassen.

Die badischen Städte und die Reichsmilchverordnung. Der Verband badischer Milchbezugsvereine, dem fast sämtliche badischen Städte und großen Gemeinden angehören, hat in einer Versammlung am 2. April zu der Frage der Aufhebung der Reichs- und Landesvorschriften über die Milchherstellung Stellung genommen. Mit Ausnahme von zwei Verbandsmitgliedern, die an der Lieferung aus badischen Bezirken nur unwesentlich beteiligt sind, war man übereinstimmend der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung der bisherigen Regelung im Interesse der Verbraucher dringend gefordert werden müsse. Insbesondere sei es bei dem nahezu völligen Ausfall der früheren sehr erheblichen Lieferungen aus Oesien, der Pfalz und dem Elsaß und der Unsicherheit des Milchbezuges aus der Schweiz unbedingt notwendig, daß die Zuteilung der badischen Liefergemeinden auf die Bedarfsgemeinden durch die Landesversorgungsstelle bestehen bleibe, die Freigabe der Bezugsquellen würde die gleichmäßige und ausreichende Versorgung der einzelnen Bedarfsgemeinden auf das Schwere gefährden. Weiter komme in Betracht, daß durch die nach Aufhebung der Zuteilung einsetzende Konkurrenz der Bedarfsgemeinden und der Händler der Milchpreis gewaltig hoch getrieben werde. Schließlich würden sämtliche Vorteile verloren gehen, die in gesundheitlicher Beziehung dadurch erreicht worden sind, daß der Bezug und die Verteilung der Milch entweder durch die Gemeinden selbst erfolgt oder durch sie überwacht wird. In das Reichsernährungsministerium, das badische Ministerium des Innern und den Badischen Landtag wurden entsprechende Vorstellungen gerichtet.

Die Elektrizitätspreise. Das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt teilt mit: Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes schwankte der Preis für eine Kilowattstunde Elektrizität in 27 Großstädten vor dem Kriege — Durchschnitt aus den Preisen: Oktober 1913, Januar, April und Juli 1914 — zwischen 60 Pfennig (in Hamburg) und 20 Pfennig (in Leipzig); für Mannheim betrug der entsprechende Durchschnittspreis 38 Pfennig. Bei den Feststellungen am 17. März d. J. wurde der höchste Preis — mit 70 Pfennig — in Erfeld ermittelt; dann folgen die Städte Stettin und Lübeck mit je 60 Pfennig, Augsburg mit 59 Pfennig, Chemnitz, Königsberg und Braunschweig mit je 55 Pfennig, Mannheim mit 54 Pfennig, Hamburg, Leipzig, Gießen, Frankfurt a. M., Stuttgart, Dortmund und Aachen mit je 50 Pfennig, Dresden mit 48 Pfennig, Magdeburg und Karlsruhe mit je 45 Pfennig, Breslau mit 43 Pfennig, Berlin mit 42 Pfennig, München, Nürnberg und Erfurt mit je 40 Pfennig, Hannover mit 39 Pfennig, Köln mit 38 Pfennig, Kiel mit 37 Pfennig und schließlich Bremen mit 35 Pfennig. Die größte Verteuerung hat die Elektrizität in Leipzig erfahren; sie kostete dort am 17. März d. J. 150 Prozent mehr wie vor dem Kriege. In Breslau beträgt die Verteuerung 72 Prozent, in Gießen 66,7 Prozent, in Stuttgart und Aachen je 42,9 Prozent, in Mannheim 42,1 Prozent, in Erfeld 40,0 Prozent, in Königsberg 37,5 Prozent usw.

Eine Naturbühne beabsichtigt die Stadtverwaltung Ettlingen im Waldbaldenpark zu errichten. Zu diesem Zweck sollen 15 000 M. angefordert werden.

Vereinigung von Gemeinden. Die Gemeinden Riesenbach und Alb und die Stabhalterei Albrudt sind seit 1. April zu einer politischen Gemeinde vereinigt. Die Bürgermeisterversammlung der neuen Gemeinde findet in 14 Tagen statt.

Naturschauspiel in Buggingen. Das Rathaus der Gemeinde Buggingen genügt schon seit langem den Anforderungen nicht mehr. Durch das Kaluwerk hat der Ort außerdem mit einem Zuwachs von vorerst etwa 1500 Einwohnern zu rechnen, so daß sich der Gemeinderat entschlossen hat, zu der Erstellung eines neuen Rathauses alles Erforderliche zu unternehmen. Als Bauplatz ist der Garten des Gemeinderates und Döllmüllers Engler in Aussicht genommen. Mit dem Ausbruch und der Beschaffung der Gartenerde ist bereits begonnen und die endgültigen Pläne und Kostenschätzungen werden in nächster Zeit dem Bürgerausschuß unterbreitet werden.

Der Vorschlag für die Stadt Konstanz für 1924 auf 1925 beträgt nach den Feststellungen des Stadtrates in den Ausgaben 2,7 Millionen und in den Einnahmen 1,7 Millionen Goldmark. Demnach sind rund eine Million Goldmark durch Umlagen zu decken.

Aus der Landeshauptstadt

Wieder hergestellt. Bürgermeister Keller aus Neuburg, der seinerzeit bei einem Separatistenüberfalle schwer verletzt worden war und im hiesigen Diakonissenhaus Genesung suchte, ist wieder hergestellt und hat sich bereits in seine Heimat zurückbegeben.

Die Firma Hermann Weyle, Tabakfabrikate, stiftete anlässlich ihres 25-jährigen Geschäftsjubiläums die Summe von 3000 Goldmark für wohltätige Zwecke. In einer in den Geschäftsräumen abgehaltenen Feier gedachte der Vizepräsident der Karlsruher Handelskammer, Stadtrat Künzel, der hervorragenden Stellung der Firma innerhalb des badischen und des deutschen Handels. Weiter sprachen u. a. Oberbürgermeister Dr. Jünter, Herr Freundlieb namens der Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels, und der Landesvorsitzende dieser Organisation, Rud. Hugo Dietrich. Am Abend folgte noch eine besondere Festveranstaltung für das Personal.

Im Stadtpark ist man in dankenswerter Weise zurzeit bemüht, den Tierbestand wieder zu vergrößern. In den letzten Tagen sind zwei junge Esbären, etwa halbausgewachsene, vorläufig noch weißgelbe Tiere, eine größere Zahl erztischen Vögel und ein Pärchen Mantelpavianen angekommen. Die Paviane oder Quansaffen sind im Garten schon durch den von allen Besuchern „Kansel“ genannten Esbärenpavianen vertreten, die Neuanfänger sind wesentlich größer als dieser und das Männchen fällt durch einen mantelähnlichen Haarwuchs auf. Die Mantelpavianen galten bei den alten Ägyptern als heilige Tiere, wurden deshalb auch häufig einbalsamiert und als Mumien gefunden. Wie wir erfahren, wird auch das Seelöwenbären in absehbarer Zeit wieder Bewohner erhalten, und ebenso steht noch das Eintreffen eines ganzen Anhangs anderer Tiere unmittelbar bevor.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 2. April. Gestern vormittag fand im Rube...

Ludwigsafen a. Rh., 3. April. In der vorgestrigen Stadt...

DZ. Straßburg, 3. April. Im Straßburger Rheinhafen...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (5. April, 4. April), and exchange rates.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Ründelgelder und als wertbeständige Effekte...

Table listing various bonds and their yields, such as 5% Wabische Kohlenwert-Anleihe.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts...

Badisches Landestheater. Carmen.

In der Wandelhalle des I. Rangens vorm. 11 1/2 Uhr.

Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes. Vortrag von Professor Dr. Oesterling...

Konzerthaus Karlsruhe. Bunter Abend.

Zum ersten Male: Und das Licht erlosch. Eine Szene von Fredro. Deutsch von Rózycki.

Vertreter. Leistungsfähige Firma in Ericotagen sucht tüchtige Vertreter für Baden.

Buchdruckerei und Verlag G. Braun & Co. vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von Werken, Zeitschriften und Drucksachen jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

Vom süddeutschen Tabakmarkt. Anfolge der anhaltenden Geldknappheit ist das Geschäft am süddeutschen Tabakmarkt...

Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer. Mit Wirkung vom 7. April tritt gleichzeitig mit der Herabsetzung der Bankprovisionen...

Staatsanzeiger

Nr. 29616 Fortbildungskurse für Gemeindepolizeibeamte betr.

An die Bezirksämter: Bei Vorliegen genügender Anmeldungen ist in Aussicht genommen...

Der Minister des Innern J. B. Deers.

Bekanntmachung Die Prüfung im Aufbeschlagnahmeamt...

Der Minister des Innern Kemmle

Personeller Teil Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Vertreter für gute Feuerzeuge gesucht.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.

Damenbart bekannt. Fräulein Irene Müller, Stuttgart A 7, Sängerr. 5.

Kindsfarven-Versteigerung. Die Gemeinde Hüttenheim versteigert am Mittwoch, den 9. d. Mts. im Rathhaus einen fetten Kindsfarren gegen Verzinsung.

Kommunalverband Karlsruhe-Land. Schlussbilanz vom 22. Februar 1924.

Nadelstammholzverkauf des staatlichen Forstamts Bellingen (Baden) freihändig aus Staatswald, 1086 Fm. Nadelstammholz aller Klassen in 14 Losen.

Auftrag unserer Wehlschuldheime. Diejenigen Wehlschuldheime, welche bis heute nicht mit Wehl eingelöst wurden...

Vertreter für gute Feuerzeuge gesucht. Offerten unter D. 246 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.

In den einseitigen Ruhestand versetzt: Pfleger Carl Epp und Ludwig Fischer bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Justizministerium Ernannungen: Notar Oskar Mayer in Mannheim zum Notariatsdirektor dafelbst.

Versetzungen: Amtsrichter Dr. Emil Freiherr Boecklin von Boecklinhausen in Berrach nach Freiburg.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts Direktor Dr. Edmund von Salwerth am Lehrerinnen-Seminar Prinzessin Wilhelm-Stift in Karlsruhe.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.

Arbeitsministerium In den einseitigen Ruhestand versetzt: Bezirksbaukontrolleur Wilhelm Glormann in Wolsach.